

Berlin, den 17.12.2002

Jürgen-Fuchs-Straße in Erfurt

Am 20. Dezember 02, anlässlich des 52. Geburtstags des Dichters, wird die Straße am Landtag in Erfurt in Jürgen-Fuchs-Straße benannt.

Die Stadt Erfurt und der Landtag des Landes Thüringen ehren mit der Benennung einen Poeten, der mit seinen intensiven, leisen Gedichten die Nöte einer DDR-Jugend ausdrückte, die sich in den Zwängen des totalen Anspruches der SED auf die Menschen selbst zu behaupten versuchte. Seine akribische Beobachtung wertete die Realität ohne den erhobenen Zeigefinger des Moralisten. Die real existierenden Sozialisten sperrten ihn dafür ins Gefängnis und schoben ihn vor 25 Jahren in den Westen ab.

Der so in eine neue Welt Geworfene konnte nun in seinem Beruf als Psychologe arbeiten und baute gemeinsam mit seiner Frau den "Treffpunkt Waldstraße" im Berliner Problembezirk Moabit auf, einen Heimort für Jugendliche und Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen. Jürgen Fuchs' literarisches Werk blieb nicht bei der Beschreibung des sozialistischen Totalitarismus stehen, sondern lotete die Möglichkeiten des Menschseins darin aus.

In seiner Geradlinigkeit und seinem unbestechlichen Urteil achtete Fuchs darauf, daß die Aufarbeitung des SED-Unrechts nicht abstrakt blieb, sondern den Menschen in ihrer konkreten Situation gerecht wurde. Dafür ist ihm das Bürgerbüro e.V., zu dessen Gründern er gehörte, dankbar und verpflichtet. Der Weg in den Thüringer Landtag führt zukünftig über eine Straße der Sensibilität für die Nöte der Mitmenschen und des Engagements für die Menschenrechte.

Dr. Ehrhart Neubert, amt. Vorsitzender
Ralf Hirsch, Vorstand

Presseerklärung vom 22.10.2002

JÖRN MOTHES: Kein Abstand zur Diktatur

Ringstorff und Holter haben in ihrer Koalitionsvereinbarung die Auflösung der Behörde des Landesbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR beschlossen. Reste sollen in die Landeszentrale für politische Bildung überführt werden.

Das Bürgerbüro protestiert gegen diese Pläne.

Diese Behörde ist der einzige kompetente Ansprechpartner für Verfolgte der SED-Diktatur in Mecklenburg-Vorpommern. Hier werden Betroffene mit großer Kompetenz, mit Einfühlungsvermögen und Professionalität in den komplizierten Rehabilitierungsverfahren begleitet. Angesichts der eklatanten Mängel der Wiedergutmachungsgesetze ist dies ein wichtiger Beitrag zum Sozial- und Rechtsfrieden.

Die selbständige Bildungsarbeit des Landesbeauftragten, z.B. mit seiner Schulinitiative, könnte in diesem Umfang, dieser Unabhängigkeit und Klarheit innerhalb der Landeszentrale für politische Bildung nicht fortgesetzt werden.

Die rot-rote Koalition zeigt mit diesem Schritt, wie gering ihr innerer Abstand zur SED-Diktatur auch dreizehn Jahre nach der Friedlichen Revolution geblieben ist.

Presseerklärung vom 23. September 2002

10 Jahre Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz

Vor 10 Jahren wurde das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz verabschiedet. Damit sollten politische Häftlinge der DDR rehabilitiert und ihnen entstandene Nachteile ausgeglichen werden. "Dies ist leider nicht gelungen." sagt Jens Planer-Friedrich, Berater im Bürgerbüro.

"Die Rehabilitierungsgesetze gehen zwar weit über alles hinaus, was in den anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks für politisch Inhaftierte geleistet wird. Trotzdem müssen wir feststellen, daß es heute den Widerständlern gegen die zweite deutsche Diktatur sehr viel schlechter geht als den Parteisekretären, Stasioffizieren, Richtern und Gefängnisaufsehern, die sie verfolgt haben."

"Diese Gerechtigkeitslücke wird vor allem durch die volle Anerkennung der sogenannten Lebensleistung staatstragender DDR-Funktionäre auf der einen und eine restriktive Anerkennungspraxis der Wiedergutmachungsstellen auf der anderen Seite verursacht. Nicht selten müssen Betroffene jahrelang durch viele Instanzen um ihre Rehabilitierung kämpfen." beklagt Hildigund Neubert, ebenfalls Mitarbeiterin im Bürgerbüro arbeitet. "Außerdem haben die Rehabilitierungsgesetze erhebliche Lücken. Dadurch geht es Menschen, die sehr lange unter kommunistischer Verfolgung gelitten haben, heute besonders schlecht. Schüler zum Beispiel, die in den fünfziger und sechziger Jahren die Schule verlassen mußten oder keine Ausbildung bekamen, leben heute als Rentner häufig auf Sozialhilfeniveau. Das Rehabilitierungsgesetz sieht für sie keine Leistungen vor."

"Ich sehe die schwierige Situation der Verfolgten im Zusammenhang mit einem gesellschaftlichen Klima, das den Kommunismus immer noch als eine gute Sache versteht, die nur schlecht gemacht war. Solange die Gedenkstätten für kommunistisches Unrecht um ihre Existenz kämpfen müssen und Kommunismus und DDR-Geschichte im Schulunterricht praktisch nicht vorkommen, werden die Opfer der SED um die Anerkennung ihrer Lebensleistung für Freiheit und Demokratie kämpfen müssen." sagt Bärbel Bohley, die Vorsitzende des Bürgerbüro e.V.

ViSdP: Dr. Ehrhart Neubert

Konrad Weiß: Endlich erwachsen *Rheinischer Merkur, Nr. 30 vom 26.09.2002*

Die Wahlkampagne der PDS, die im Sommer mit dem üblichen historischen Optimismus begonnen hatte, endete kläglich. Kaum 300 PDS-Enthusiasten hatten sich am Sonntag in einem Schweriner Lokal eingefunden, um die Genossinnen und Genossen des Führungsquartetts zu verabschieden. Die leierten lustlos ihre letzte Wahlkampfrede in den verregneten Nachmittag, bevor sie sich zur Wahlparty in die Berliner Arena aufmachten. Die Stimmung war miserabel. Die Leute schienen das Desaster zu ahnen, das ein paar Stunden später Gewissheit werden sollte.

Die resignativen Töne standen im krassen Gegensatz zum schrillen Wahlkampfgetöse, das die PDS in den Wochen zuvor veranstaltet hatte. Vor allem im Osten hatten die Sozialisten mit einer Materialschlacht sondergleichen versucht, flotte Sprüche statt Politik zu verkaufen. Die Plakatwände, Informationsstände, Fernsehspots und Annoncen müssen Millionen gekostet haben. Die Jura-Studentin Sandra Brunner, die in Berlin-Pankow gegen die profi-lierten Bürgerrechtler Günter Nooke (CDU), Wolfgang Thierse (SPD) und Werner Schulz (Bündnis 90/Grüne) antrat, verschickte wenige Stunden vor der Wahl eine Postwurfsendung, in der sie die 220.000 Wähler ihres Wahlkreises aufforderte, "Schröder von links Beine zu machen" und sie zu wählen. Geholfen hat das alles nichts.

Zusätzlich haben Journalisten, die die PDS-Kandidaten distanzlos umschwärmten, kostenlose Wahlkampfhilfe geleistet. Die "Berliner Zeitung" ließ noch vier Tage vor der Wahl den gescheiterten PDS-Senator Gysi exklusiv in einem Leserforum zu Wort kommen.

Im 15. Deutschen Bundestag wird die "Vorhut der Arbeiterklasse", wie die PDS sich nannte, als sie noch SED hieß, nur noch mit einer Nachhut von zwei fraktionslosen Abgeordneten vertreten sein. Bundesweit haben sich nahezu 600.000 Sympathisanten von der PDS abgewandt. Selbst in Mecklenburg-Vorpommern, wo die Sozialisten dank Ringstorffs E-gomanie weiter mitregieren dürfen, haben sie bei den Landtagswahlen ein Drittel ihrer Wähler, über hunderttausend, verloren. Die SPD wird nun ihren dramatisch geschwächten Koalitionspartner vier Jahre lang am Nasenring führen können. Dem Land, so ist zu fürchten, wird das schlecht bekommen.

Die PDS, daran besteht kein Zweifel, wurde im Osten abgewählt. Diese Bundestagswahl war eine emanzipatorische Wahl. Es war der erste wirklich emanzipatorische Akt der Ostdeutschen seit der friedlichen Revolution. So unbefriedigend der knappe Wahlausgang für die Volksparteien sein mag - dass die PDS sich nun nicht mehr demagogisch anmaßen kann, sich als "Stimme der Ostdeutschen" zu präsentieren, ist für unsere Demokratie ein Gewinn. Es ist ein Gewinn, dass es keine Fraktion mehr im Bundestag gibt, in der ehemalige Stasispitzel gegen die innere Einheit wühlen und sich als

Rechtswahrer derer aufspielen können, deren Menschenrechte sie eine DDR lang mit Füßen getreten haben.

Für die demokratischen Parteien ist dieser Wahlausgang eine Herausforderung. Sie dürfen das Vertrauen, das die Ostdeutschen in sie gesetzt haben, nicht enttäuschen. Das Wahlergebnis zeigt, dass nun viele im Osten begriffen haben, dass Arbeitsplätze nicht durch sozialistische Phrasen - "Arbeit her" oder "Arbeit soll das Land regieren" - geschaffen werden, sondern allenfalls durch die gemeinsame Anstrengung von Politik und Wirtschaft. Die wirtschaftliche Konsolidierung muss einhergehen mit einer anhaltenden und kontinuierlichen Kärnerarbeit der demokratischen Parteien, die nicht erst ein paar Monate vor den Wahlen einsetzt oder nur bei Hochwasser Chefsache ist. Die Demokratie in Ostdeutschland ist auch nach diesem erfreulichen Wahlsonntag noch keineswegs so gefestigt, dass radikale Parteien und Demagogen nicht wieder Zulauf finden könnten.

Auch die PDS wird alles daran setzen, wieder Boden zu gewinnen. Den Sozialisten geht es um "Systemveränderung" und um die Macht. Sie werden in den kommenden Jahren all ihre Anstrengungen auf Ostdeutschland konzentrieren. Dass sie gegenwärtig im Westen keine wirkliche Chance haben, als "linke Alternative" ernstgenommen zu werden, haben sie begriffen. Aber um den Osten, der ihnen nach dem Untergang der DDR so unverhofft zugefallen war, werden sie kämpfen. Dort haben sie, auch durch das Versagen der demokratischen Parteien, noch immer einen Standortvorteil. Dort haben sie eine intakte, gut organisierte Infrastruktur. Dort haben sie tausende erfahrene und einsatzwillige Mitglieder, und nicht wenige davon sind immer noch disziplinierte Parteisoldaten, die auch die unspektakuläre Arbeit in Mieter- und Arbeitslosenvereinen, in der Volkssolidarität oder in den Kommunen auf sich nehmen. Um so düsterer die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ist und um so hoffnungsloser vielen Menschen dort ihre Lage scheint, desto mehr wird die PDS erstarren.

Denn gerade auf Ängste und Befürchtungen, seien sie begründet oder nicht, setzt diese Partei. Das war in der Vergangenheit ihr Konzept, und das wird es auch in Zukunft sein. Das demagogische Reden der Sozialisten von der "Entwertung ostdeutscher Biographien" oder den "Bürgern zweiter Klasse" wird auch künftig Menschen davon abhalten, selbstbewusst zu sein und emanzipiert zu handeln.

Das Programm der PDS zu den Bundestagswahlen hatte allen alles versprochen: Frieden und Gerechtigkeit, Arbeit und sozialen Fortschritt. Aber es sagte nichts aus über das Wie. Auch daran ist die PDS jetzt gescheitert. Die Auseinandersetzung in der Partei zwischen den Orthodoxen, die die Leute weiterhin mit wohlklingenden sozialistischen Theorien abspesen wollen, und den Realpolitikern, die wirklich etwas verändern möchten, wird sich in der nächsten Zeit zuspitzen. Möglich, dass es eine Spaltung gibt oder dass "Realos" enttäuscht zur SPD abwandern. Jedenfalls wird alles, was die demokratischen Parteien in den nächsten vier Jahren nicht bewältigen, der PDS zuarbeiten. Die Demokratie hat im Osten eine Bataille gewonnen, aber noch nicht den Sieg.

© Konrad Weiß 2002

Konrad Weiß: [Eine Rolle rückwärts](#) *Rheinischer Merkur*, Nr. 38 vom 19.09.2002

Es gibt höchst überflüssige Bücher; dies ist eines: "Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS". Die Herausgeber und die 20 genannten Autoren waren ehemals hochrangige Stasi-Offiziere, vom Oberst bis zum Generalleutnant. Daneben hat es offenbar zahlreiche "inoffizielle Mitarbeiter" gegeben, die an dem voluminösen Werk mitgeschrieben haben. Auf der Stasi-Homepage (die es tatsächlich gibt) enthüllen die Herausgeber, dass wenigstens hundert weitere Mitarbeiter des MfS durch Hinweise, Erinnerungen an konkrete Personen und Ereignisse, kritische Bemerkungen usw. an dem Buch mitgewirkt hätten. Hinzu käme eine Reihe von Personen, die zwar keine Mitarbeiter des MfS waren, aber durch Vermittlung ihrer Erkenntnisse geholfen haben.

Wer sich von derart geballtem Insiderwissen Aufklärung über die "Aufklärer" erhofft, sieht sich enttäuscht. Das Buch bringt kaum etwas, was nicht in den letzten Jahren durch wissenschaftliche Publikationen oder durch die fundierte Forschungsarbeit der Birthler-/Gauck-Behörde öffentlich

gemacht worden wäre. So zitieren denn auch die Autoren pikanterweise mit Vorliebe aus Veröffentlichungen der von ihnen so sehr gehassten Bundesbehörde. Oder sie schicken in bewährter Manier heimliche Zuhörer in deren Veranstaltungen und lassen Gedächtnisprotokolle fertigen, auf die sie sich dann berufen.

Nun hatten die Autoren wohl tatsächlich Probleme mit der Quellenlage. Denn ehemaligen Stasileuten ist aus gutem Grund die Einsicht in die Akten, die sie einst angehäuft haben, verwehrt. Doch ich zweifle nicht daran, dass ihnen ihre inoffiziellen Mitautoren alle gewünschten Informationen besorgt haben. Oder dass sie auf Unterlagen zurückgreifen konnten, die sie rechtzeitig beiseite geschafft haben. Zum Beispiel die "Kollektiv-Dissertationen", mit denen sie an der Hochschule des MfS in Potsdam promoviert haben.

So hat "Oberstleutnant a.D. Dr.jur." Wolfgang Stuchly dort seinen Dokortitel mit einer Arbeit zum Thema "Grundfragen der politisch-operativen Abwehrarbeit zu Korrespondenten und Journalisten des nichtsozialistischen Auslandes" erworben. Im Buch schreibt er über die Spionageabwehr des MfS. Der einstige Redenschreiber Mielkes, "Oberst a.D. Dr.jur." Reinhard Grimmer, schreibt über die Sicherheitspolitik der SED und über die Aufgaben und Methoden der Abwehr. In seiner Dissertation hatte er das am Beispiel der "Untergrundtätigkeit" der Schriftsteller Siegmund Faust, Jürgen Fuchs, Stefan Heym und Wolfgang Biermann behandelt. Dass den Absolventen der Stasi-Hochschule die dort erworbenen akademischen Grade aberkannt sind, sei nur am Rande erwähnt. Auch ihre militärischen Ränge versehen die Stasi-Offiziere zu Unrecht mit dem "a.D.". Ihr Buch beweist das aufs trefflichste.

Im schon erwähnten MfS-Insider-Interview bekennen sie sich ausdrücklich zur Sprache, zu den speziellen Begriffen und Ausdrucksweisen des Ministeriums für Staatssicherheit: "Die Autoren konnten und wollten sich davon nicht lösen, oder gar in den Sprachstil verschiedener Vergangenheitsbewältiger verfallen, der eher verfälschend als wahrheitsfindend ist." In ihrer Lesart war denn auch der Staatssicherheitsdienst ein "Rechtspflegeorgan". Bürgerrechtler werden grundsätzlich in Anführungszeichen geschrieben. Die kirchlichen Friedensgruppen haben das biblische Symbol Schwerter zu Pflugscharen "demagogisch vereinnahmt". Und indem die "Stasi-Jäger" den damaligen Gegner aufwerteten, wollten sie die eigene Bedeutung heben. Die Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, von der alle DDR-Bürger massiv betroffen waren, rechtfertigen sie mit der Menschenrechtskonvention des Europarates. Die Schnüffelei der "Schriftenfahnder", die tausendfach Briefe von unbescholtenen Bürgern geöffnet und Schriftstücke untersucht haben, auch durch die "Blutgruppenbestimmung von Speichelresten unter Briefmarken", setzen sie gleich mit den modernen gentechnischen Verfahren zur Identifizierung von Sexualstraftätern.

Ich bezweifle, dass dieses Opus auch nur den geringsten Wert für die Zeitgeschichtsforschung hat. Oder gar ein "Kompendium über das MfS" ist, als das es die Autoren gern genutzt wissen möchten. Sie alle waren und sind nicht nur Abwehr-, sondern auch Desinformations-Spezialisten. Auch wenn sie sich betont sachlich und objektiv geben - bis auf gelegentliche Ausfälle gegen Bürgerrechtler oder "Verräter" - verschweigen sie mehr als sie enthüllen. Sie leugnen das Unrecht, an dem sie verantwortlich beteiligt waren, noch immer. Was längst belegt und bezeugt ist - die Menschenrechtsverletzungen der DDR, die Folter in den Stasi-Gefängnissen, die Zersetzungsmaßnahmen des MfS, die systematische Zerstörung von Menschen, die Ausspähung des eigenen Volkes - das alles hat es angeblich nie gegeben. Der Wahrheitsfindung dient das Buch dieser "MfS-Insider" nicht.

Allenfalls über die einstigen Führungskader selbst spricht es Bände: über ihre völlige Uneinsichtigkeit und ihre geradezu tragische Unfähigkeit zur Schulderkenntnis oder gar zur Reue. Sie rechtfertigen den totalitären Sozialismus noch immer. Dass sie einem Unrechtsstaat gedient und Unrecht getan haben, zu dieser Erkenntnis gelangen sie nicht. Nicht einmal Ansätze dafür sind zu erkennen. Wenn überhaupt Fehler gemacht worden sind, dann durch die SED-Führung, die sich die Erkenntnisse und Vorschläge des MfS zur noch brutaleren Durchsetzung der "sozialistischen Demokratie" nicht zu eigen gemacht hat. In einem Punkt allerdings muss man den Autoren recht geben: dass nämlich die politische Verantwortung für das MfS bei der SED gelegen hat. Diese Verantwortlichkeit ist nach der friedlichen Revolution viel zu sehr aus dem Blickfeld geraten. So kam es, dass diese Partei im wiedervereinigten Deutschland unbehelligt geblieben ist und unter anderem Namen fortwirken konnte.

Ihr Buch beschließen die Autoren mit einem Zitat von Friedrich Engels über Revolutionen und Revolutionäre: "Wir haben viel getan, was wir besser unterlassen hätten, und wir haben viel unterlassen, was wir besser getan hätten, und deswegen ging die Sache schief." Nur gut, dass die Stasi-Revolutionäre eine zweite Chance nicht haben werden.

© **Konrad Weiß** 2002

*Reinhard Grimmer, Werner Irmeler, Willi Opitz, Wolfgang Schwanitz (Hrsg.):
Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS. Berlin: Edition Ost im Verlag Das Neue Berlin, 2002.
1248 Seiten, 68.00 €, ISBN 3-360-01030-2*

Berlin, 31. Mai 2002

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz muß novelliert werden!

Zum zehnjährigen Bestehen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) erklärten Ende vergangenen Jahres Vertreter aller Parteien im Deutschen Bundestag, daß sich die bisherige Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen bewährt habe. Im März 2002 beendete das Bundesverwaltungsgericht jedoch nach der Klage Helmut Kohls diese erfolgreiche Form der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte: Entgegen der bewährten archivischen, wissenschaftlichen und journalistischen Praxis dürfen Informationen zu Personen der Zeitgeschichte, Amtsträgern und politischen Funktionären jetzt nur noch mit deren Zustimmung verwendet werden. Informationen zu Verstorbenen sind gar nicht mehr zugänglich. Diese Rechtsauslegung bedeutet das schleichende Ende der Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur.

Anläßlich der Anhörung des Bundestags-Innenausschusses Ende April 2002 sprachen sich Historiker, Juristen, Datenschützer und Vertreter der Opferverbände mehrheitlich für eine Änderung des umstrittenen § 32 StUG sowie eine Streichung des die Vernichtung von Originalmaterial ermöglichenden § 14 StUG aus. Eine Anonymisierung oder Vernichtung von Archivgut im Original führt zu einer Entwertung des Gesamtbestandes und ist daher unbedingt zu verhindern. Eine angemessene rechtliche Lösung zur Wiederherstellung der bisherigen erfolgreichen Praxis der Gauck-Behörde bei gleichzeitiger Berücksichtigung der berechtigten Interessen Betroffener wäre die Streichung des streitbefangenen Halbsatzes "soweit sie nicht Betroffene oder Dritte sind" in § 32 StUG. Unterlagen aus dem Privat- und Intimbereich der Prominenten und Funktionäre bleiben selbstverständlich weiterhin tabu.

Eine Novellierung des Gesetzes ist noch in dieser Legislaturperiode nötig! Sachfremde Interessen einzelner Politiker und der in diesem Zusammenhang mißverständlich ins Feld geführte Begriff des Opferschutzes sorgen ansonsten für das Ende der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Die Interessen der Opfer der SED-Diktatur werden jedoch nur durch eine weitere journalistische und wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergangenheit gewahrt. Ohne den authentischen Zugang zu den Stasi-Akten würden heute die "Offenbarungen" ehemaliger Systemträger die wichtigste zeithistorische Quelle darstellen. Eine falsche Rücksichtnahme auf tagespolitische Interessen würde jetzt jenen zu einem Sieg verhelfen, denen die Aufdeckung der SED-Repression schon immer zuwider war.

Bürgerkomitee Leipzig e.V. für die Auflösung der ehemaligen Staatssicherheit (MfS),
Dittrichring 24, Postfach 100345, 04003 Leipzig, Tel. 0341/9612443, Fax: 0314/9612499;
e-mail: mail@runde-ecke-leipzig.de; Internet: www.runde-ecke-leipzig.de

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG), Genslerstraße 66,
13055 Berlin; Tel.+Fax: 030/986082415; e-mail: info@uokg.de; Internet: www.uokg.de

Bürgerbüro e.V., Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur, Bernauer Str. 111,
13355 Berlin; Tel. 030/4634806, Fax: 030/4635718; e-mail: buergerbuero@berlin.sireco.net

Unabhängiger Historikerverband e.V., c/o Dr. Gerd Dietrich, Albertstr. 44, 15370 Petershagen

Bürgerkomitee "15. Januar" e.V., Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin;
Tel.: 030/57794981, Fax: 030/57794980; Internet: www.buergerkomitee.org

Matthias-Domaschk-Archiv, Schliemannstr. 23, 10437 Berlin; Tel: 030/44710822, Fax:
030/44710829, e-mail: mdomaschk@havemann-gesellschaft.de; Internet: www.havemann-gesellschaft.de

Ehrenpension für Widerstand gegen den Kommunismus

Erklärung anlässlich der Bundestagswahlen am 22. 9. 2002

Die Verbände und Vereine der Verfolgten des Kommunismus stellen fest:

Das gesellschaftliche Klima der Bundesrepublik Deutschland steht einer grundsätzlichen Wahrnehmung des Kommunismus als Diktatur noch immer entgegen. Der Widerstand gegen den Kommunismus wird noch immer nicht in gleicher Weise gewürdigt, wie der gegen den Nationalsozialismus.

Daher unterstützen die Verbände alle demokratischen Parteien, die diesen antitotalitären Konsens in Wort und Tat pflegen.

Die CDU und die CSU haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, der von der FDP unterstützt wurde. Er enthält:

- | Ehrenpension für politisch Verfolgte der zweiten deutschen Diktatur.
- | Erhöhung der Haftentschädigung
- | Einbeziehung der Zivildeportierten in die Wiedergutmachung.

Diese Maßnahmen sind geeignet, die schlimmsten Defizite in der Würdigung des antikommunistischen Widerstandes und in der Wiedergutmachung zu beheben. Wir erwarten, daß SPD und GRÜNE sich diese Forderungen zu eigen machen. Sie können ein wirksames Zeichen sein, daß sich Zivilcourage auch in schwerer Zeit lohnt.

DIE WAHLAUSSAGEN DER PARTEIEN ZUR DDR-GESCHICHTE

Bärbel Bohley 10119 Berlin
Offener Brief an den FDP-Vizevorsitzenden
Berlin, den 20. 05. 2002

Sehr geehrter Herr Möllemann,
im vergangenen Herbst habe ich mich im Berliner Wahlkampf für die FDP eingesetzt, weil ich glaube, dass die FDP aus Ihrer Tradition heraus ein ernsthaftes Verhältnis zu Freiheit und Menschenrechten hat. Ich hatte mir gewünscht, dass liberale Gedanken, für die Politiker Ihrer Partei wie Heuss, Dehler und viele andere bis hin zu Kinkel und Leuthäuser-Schnarrenberg stehen, wieder Gewicht in Deutschland bekommen.

In der Diskussion um das Amt des Bundespräsidenten habe ich mich sowohl für Frau Hamm-Brücher als auch für Herrn Bubis eingesetzt. Aber bereits damals sagte ich, dass es wohl unwahrscheinlich sei, dass Ignaz Bubis in dieses Amt gewählt werden würde, weil die Folgen der beiden totalitären Systeme in Deutschland noch lange nicht überwunden seien. Die Zeit gab mir recht. Jüdische Einrichtungen, die immer mehr Hochsicherheitstrakten gleichen, sind in den letzten Jahren zur Normalität geworden...

Dass aber gerade ein Liberaler, dem allen die Spitze aufsetzen würde, habe ich mir nicht träumen lassen. Nach Ihren Äußerungen zum palästinensisch-israelischen Konflikt, die inzwischen hinreichend in der Öffentlichkeit bekannt sind und der durch Sie forcierten Aufnahme von Jamal Karsli in Ihren Landesverband, konnte man meinen, Sie seien ein liberal verkappter Antisemit. Das glaubte ich bis zu Ihren jüngsten Äußerungen nicht, sondern eher, dass Ihnen alles recht ist, um Ihre Interessen durchzusetzen. Das aber nenne ich nicht antisemitisch, sondern lumpig, Unter dem Mäntelchen der Meinungsfreiheit forderten Sie, dass Ihre Ausfälle nicht als antisemitisch, sondern als Kritik an Israel verstanden werden.

Macht ohne Moral, Politik ohne Verantwortung, Vergangenheitsbewältigung ohne Parteinahme für die Opfer, Demokraten ohne Prinzipien, Freiheit und Menschenrechte als ausgehöhlte Werte - in diesem Dunstkreis haben Sie nun auch die Katze aus dem Sack gelassen

Sie kennen den grauenhaften Teil unserer Geschichte sehr gut. Sie wissen sehr genau, dass es zunehmend antisemitische Übergriffe gibt. Die abscheulichen Vorkommnisse in Frankreich, Belgien, Holland, Spanien, Finnland, auch in Deutschland, belegen das. Noch ist der Antisemitismus tabuisiert, aber die Brandstifter stehen bereit. Ich zähle Sie dazu!

Kritik ist in der Demokratie immer und an allem, auch an Israel, erlaubt, aber Brandstiftung nicht! Als langjähriger Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft sind Sie den arabischen Ländern durch die mannigfaltigsten Interessen verbunden. Doch welches Interesse haben Sie am Nahostkonflikt? Ohne generelle Verdammung des Terrors und ausdrückliche Verurteilung der palästinensischen Terrorakte, ohne Kritik daran, dass die Palästinenser einen Teil ihrer jungen Generation in den Selbstmord treiben, ist Kritik an der israelischen Politik, vor allem von uns Deutschen, diffamierend und ignoriert die Tragik des Nahostkonflikts. Sie gießen Öl ins Feuer des aufflackernden Antisemitismus. Wenn Sie sagen, dass niemand den Antisemiten in Deutschland mehr Zulauf verschafft hat als Scharon und Michael Friedmann mit seiner intoleranten und gehässigen Art, zeigen Sie Ihr wahres Gesicht.

Entschuldigung Herr Möllemann, Sie sind kein Lump, sondern agieren wie ein lumpiger Antisemit. Ich habe keine Angst vor Rechts- oder Linksextremen, vor Antidemokraten oder Populisten. Ich habe Angst davor, dass deren Programme und Aktionen von Demokraten nicht ernstgenommen und inhaltlich bekämpft werden. Besondere Angst aber habe ich davor, dass in den demokratischen Parteien Politiker das Sagen bekommen, die aus machtpolitischem Kalkül bereit sind, Leute wie Sie zu tolerieren.. Dies wird zur größeren Gefahr für die Demokratie als jemand wie Sie.

Herr Möllemann, Sie haben zwar erfolgreich Wählerstimmen eingefahren und in achtzehn Jahren einen ganzen Landesverband möllisiert, aber Sie haben keine Koordinaten mehr! Sie riskieren nicht die Spaltung der FDP, Sie wollen sie. Sie boykottieren bewusst die warnenden Stimmen in der Öffentlichkeit und Ihrer Partei, so dass die Chance der FDP, wieder eine größere politische Rolle zu spielen, sich in Luft auflösen wird, denn noch gibt es genug Wähler in diesem Land, die die laxen Reaktion der politischen FDP-Führung Ihnen gegenüber nicht honorieren und als Wahlkampfspaß abtun werden. Aber vielleicht wollen Sie das ja, um der nächste Kanzlerkandidat der FDP- Nordrhein-Westfalen zu werden?

Ich wünsche dem FDP-Parteivorstand, dass er ungeachtet der bevorstehenden Wahlen, die Auseinandersetzung mit Ihnen nicht scheut und sich eindeutig positioniert. Wegschauen ist keine Tugend! Kleinreden keine Leistung! 18 Prozent sind ohne Sie erreichbar!

Ich wünsche Ihnen, dass Ihnen von den Freien Demokraten gezeigt wird, dass ein Politiker wie Sie nicht in eine liberale Partei gehört. Ich wünsche mir, dass ich mein Engagement für die FDP nicht bereuen muss. Ich fordere Sie auf, zurückzutreten.

Bärbel Bohley

[Presseerklärung](#) Berlin, den 2. 5. 2002

Dopingopfer-Hilfegesetz - Nur Politikergeste!

Der Sportausschuß des Deutschen Bundestages hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine einmalige Entschädigung für Opfer der kriminellen Doping-Praxis im DDR-Sport vorsieht.

Diese Menschen sind Opfer der zynischen Überlegenheitsideologie ostdeutscher Diktatur geworden. Da der Westen wirtschaftlich nicht überholt werden konnte, mußte der Sport Dominanz zeigen. Dies lag ebenso in der Logik des "real existierenden Sozialismus" wie das Grenzregime und das politische Strafgesetzbuch. Daher sind die Opfer des systematischen, staatlich angeordneten Dopings in der DDR Opfer staatlicher Gewalt.

Einige der Täter sind mittlerweile rechtskräftig verurteilt worden. In der Logik dieser Rechtsprechung läge es, die Geschädigten dieses Staatsunrechts in das Bundesversorgungsgesetz einzubeziehen. Da es sich um Opfer von Verbrechen handelt, könnte dies nach dem Modell des Opferentschädigungsgesetzes geschehen.

Die im Gesetzentwurf des Sportausschusses vorgesehenen einmaligen Entschädigungszahlungen von 2000 bis 4000 Euro können in den Schicksalen biografisch dauerhafter physischer und psychischer Not nicht wirksam helfen.

Durch den "Akt einmaliger Anerkennung von Schäden aus der DDR" sollen weitere Ansprüche der Doping-Betroffenen ausgeschlossen werden. Doch diese unverhältnismäßige Politikergeste steht in keiner Korrelation zu den drastischen, meist irreversiblen Schäden der Opfer.

Dr. Ehrhart Neubert, Bürgerbüro e.V.
Prof. Ines Geipel, Autorenkreis der Bundesrepublik

[Presseerklärung](#)

Berlin, den 15.4.2002

Louise-Schröder-Medaille an Daniela Dahn: Schmähung eines Ehrenpreises

Daniela Dahn erhält am Mittwoch die Louise-Schröder-Medaille der Stadt Berlin. Das Bürgerbüro protestiert dagegen entschieden. Frau Dahn verspottet mit der Formulierung von der "hochdotierten Opferrolle" nicht nur die Betroffenen, sondern auch das, wofür sie gelitten haben: Freiheit und Demokratie.

Wir bedauern, daß dieser Preis, der für Verdienste um Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit ausgesetzt wurde, entwertet wird. Die Stadt Berlin bringt sich damit um ein Instrument der Förderung dieser Grundwerte.

Für Frau Dahn ist die Freiheit der Medien und der Meinungen eine Gefahr. "Die überzogene Vielfalt [zerstört] den öffentlichen Diskurs und führt zur Entdemokratisierung." schreibt sie in ihrem Buch "Westwärts und nicht vergessen", das Frau Hanna-Renate Laurien als "Schmähung der Demokratie" bezeichnet.

Wir haben tiefes Verständnis für die Entscheidung von Frau Laurien, die Medaille zurück zu geben, wenn Frau Dahn tatsächlich ausgezeichnet wird. Wir fordern den Senat auf, nicht durch die Verleihung einer solchen Auszeichnung die Verfolgten der Diktatur und die Demokratie zu verhöhnen.

Dr. Ehrhart Neubert
amt. Vorsitzender des Bürgerbüros Berlin

Berlin, den 09. Oktober 2001

Wahlinitiative 2001 für Berlin

Notwendige Einmischung in die eigenen Angelegenheiten

Berlinerinnen und Berliner, wählt weder die PDS noch solche Taktiker in demokratischen Parteien, die die PDS an der Macht über die Stadt Berlin beteiligen wollen. Manche Politiker in der SPD und bei den Grünen wollen die flott umbenannte totalitäre SED/PDS-Kröte schlucken, aber doch nur, weil sie selbst offensichtlich auf Teufel komm raus an den Fleischtöpfen der Macht bleiben wollen.

Laßt Euch die Erinnerungen mit dem Real-Existierenden Sozialismus nicht von geschminkten Politikern in talkshow-Manier wegquasseln. Wählt eine freiheitliche Zukunft ohne den taktischen Pakt mit den demokratisch zwangsumgetauften Erben der Diktatur.

Jedes Kind in Berlin weiß: Die neu kostümierten Kader der SED sind die alten Verderber gerade dieser Stadt. Die souveränen Wähler sollten wenigstens in Deutschlands Metropole, die gerade wieder eine offene und freie Weltstadt werden will, diesem entmachteten Unterdrückerpack lieber noch eine historische Frist zum Umlernen und zum Umdenken ermöglichen.

Berlinerinnen und Berliner, stimmt für das bunte demokratische Sein und gegen den rosaroten Schein!

Bärbel Bohley, Wolf Biermann

Thomas Auerbach, Historiker, Prof. Arnulf Baring, Berlin, Prof. Karlheinz Blaschke, Friedewald, Reinhard Buthmann, Historiker, Bernd Eisenfeld, Historiker, Gerhard Finn, Vorsitzender der UOKG, Hans-Joachim Föllner, Journalist, Lilo Fuchs, Berlin, Heinz Gerull, Kurt-Schumacher-Kreis, Esther M. Ullmann-Goertz, Theologin, Joachim Goertz, Pfarrer, Roman Grafe, Journalist, Katja Havemann, Grünheide, Prof. Ines Geipel, Berlin, Gerold Hildebrand, Student, Günter Jeschonnek, Regisseur, Dirk Jungnickel, Regisseur, Freya Klier, Regisseurin, Hermann Kreutzer, Kurt-Schumacher-Kreis, Wolfgang Kupke, Halle, Manfred Krug, Schauspieler, Doris Liebermann, Journalistin, György Ligeti, Komponist, Susanne Litzel, Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im BDI, Dr. Maria-Beate v. Loeben, Würzburg, Prof. Peter Maser, Telgte, Steffen Lutz Matkowitz, Kabarettist (Kabarett Leipziger Brett), Dr. Ehrhart Neubert, Historiker, Hildigund Neubert, Berlin, Tatjana Herzogin v. Oldenburg und Konstantin Herzog von Oldenburg, Christian Petzoldt, Betriebsratsvorsitzender, Dr. Magret Popp, Würzburg, Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Popp, Merseburg, Utz Rachowski, Schriftsteller, Siegfried Reiprich, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Gedenkstätte Hohenschönhausen, Dr. Ekkehart Rudolph, Journalist, Udo Scheer, Geschichtswerkstatt Jena, Roger Servais, Bildender Künstler, Hans Georg Soldat, Journalist, Prof. Wolfgang Schuller, Konstanz, Wolfgang Templin, Publizist, Gisela Uschkureit, Puppenspielerin, Joachim Walther, Schriftsteller, Prof. Michael Wolffsohn, Historiker, Hans-Eberhard Zahn, Diplompsychologe u.v.a.

Berlin, den 21. September 2001

Presseerklärung

SED/PDS finanzierte islamisch-arabischen Extremismus Rolle Gysis 1990 dabei aufklären

Hildigund Neubert, Mitarbeiterin des Bürgerbüros erklärte, es sei nötig, angesichts der antidemokratischen amerika- und israelfeindlichen Tradition der SED/PDS und ihrer aktuellen "Friedenspropaganda" an folgende Tatsachen zu erinnern:

Die DDR setzte Zionismus mit Rassismus gleich und unterstützte 1975 massiv die Antizionismusresolution der UN, nachdem durch ihre repressive Politik bereits in den 50er Jahren der Großteil der jüdischen Überlebenden aus der SBZ/DDR zur Flucht in den Westteil gezwungen gewesen sei.

1986 händigte die Stasi den von ihr sichergestellten Sprengstoff einem arabischen Terroristen wieder aus, im Wissen darum, daß dieser die Westberliner Diskothek La Belle zerstören sollte, drei Menschen starben, viele wurden schwer verletzt.

Am 31. Mai 1990 - einem Tag vor Inkrafttreten des neuen Parteiengesetzes - überwies die SED/PDS unter dem Vorsitz von Gregor Gysi der soeben erst gegründeten islamisch-religiösen Tarnorganisation "Islamische Religionsgemeinschaft der DDR" 75 Millionen DDR-Mark. Vorsitzender war der zwielichtige jordanische Waffenhändler mit DDR-Pass Abdel Younes, ein Geschäftspartner Schalck-Golodkowskis, der im Internationalen Handelszentrum sein Büro unterhielt und als Verbindungsmann zwischen SED, PLO und nahöstlichen Terrororganisationen fungierte.

Zeitgleich erhielt Younes ein Darlehn von der PDS in Höhe von 52 Millionen DDR-Mark für den Betrieb von drei Hotels sowie 26 Millionen Mark für die Einrichtung eines Reisefonds, der 3000 Reisen für PDS-Funktionäre organisieren sollte.

Der PDS-Sprecher Hanno Harnisch erklärte dazu 1996, man habe das Geld dem 'staatlichen Zugriff' entziehen wollen.

Der vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestufte Verein Milli Görus errang recht schnell die Mehrheit dieser PDS-nahen Organisation.

Die PDS habe, so Neubert, 1990 also genau das getan, was heute nach den Anschlägen in New York und Washington auf Vorschlag von Innenminister Otto Schily durch die Abschaffung des Religionsprivilegs im Vereinsrecht verhindert werden soll. Sie habe die islamische Religion als Deckmantel mißbraucht. Unter der Führung von Gregor Gysi habe die PDS eine Tarnorganisation mit islamisch-religiöser Fassade gegründet, deren Zweck offenbar darin bestand, Geld auf die Seite zu schaffen und kriegerische Aktivitäten im Nahen Osten zu finanzieren.

Erst im Dezember 1998 konnte die Bundesrepublik vor dem Bundesverwaltungsgericht ihren Anspruch auf diese Millionen nach dem DDR-Parteiengesetz durchsetzen.

Hildigund Neubert forderte angesichts dieser Fakten und der aktuellen sicherheitspolitischen Lage den Verfassungsschutz auf, die Verbindungen der SED/PDS unter der damaligen Führung Gysis zu islamistischen Terrororganisationen und die damit im Zusammenhang stehenden finanziellen Transaktionen restlos aufzuklären.

Der Bevölkerung müsse bewußt gemacht werden, welcher Sprengstoff sich in der Annäherung von NPD und Anhängern der PDS in der Bewertung der Ereignisse von New York verbirgt. Der extremistische Konsens lautet: Amerika selbst hat durch die von ihm beherrschte imperialistische Globalisierung den Terror zu verantworten. Als Beispiel zitierte sie aus dem "Neuen Deutschland": "Die Taleban...haben sich längst zu einer Speerspitze des Kampfes gegen den westlichen Imperialismus gemauert...Es ist ein Irrtum zu glauben, die Fundamentalisten würfen vor allem mit Bomben um sich. Sie kümmern sich um die Nöte der Menschen" (Leserbrief vom 18.9.01).

Diese antiwestlichen Ressentiments würden durch die PDS weiterhin bewußt gestärkt. Neubert erinnert u.a. an den persönlichen Unterstützungsbesuch Gregor Gysis bei dem bereits damals international gesuchten Kriegsverbrecher Slobodan Milosevic und ihren freundschaftlicher Händedruck.

[Das Bürgerbüro Berlin lädt ein:](#)

Symposium 9. - 10. November 2001

in der Vertretung des Freistaates Thüringen beim Bund,
Mohrenstraße 64, Berlin-Mitte (U2: Mohrenstraße)

BLINDE FLECKEN DER GESCHICHTE
Vertreibung und Deportation 1938-1948

Das Symposium thematisiert bisher kaum bekannte Aspekte von gewalttätigen Bevölkerungsbewegungen während und nach dem Zweiten Weltkrieg in Mitteleuropa. Unwissenheit oder ein verengter Blickwinkel rücken noch immer Verfolgte in politische Randsituationen, ignorieren Leid und Unrecht, sobald diese sich als ideologisch unbequem erweisen. Das Symposium fühlt sich der historischen Wahrhaftigkeit verpflichtet und will die Sensibilität für die Gefährdung von Frieden und Rechtssicherheit durch ethnisch und politisch motivierte "Säuberungen" stärken - auch und gerade vor dem Hintergrund eines latenten Extremismus.

Eröffnungsabend am 9. November um 19.30 Uhr in der Französischen Friedrichstadtkirche in Berlin am Gendarmenmarkt, Begrüßung: Freya Klier, Berlin

Konzert des Kammermusik-Ensembles MEMORIAL St. Petersburg
Das Kammermusik-Ensemble MEMORIAL wurde 1990 von Studenten des Leningrader Konservatoriums gegründet. Seitdem tritt das Ensemble in wechselnder Besetzung auf. Es trägt den Namen der bekannten Vereinigung MEMORIAL, weil es seine Auftritte in deren Dienst gestellt hat. Während der Konzerttourneen spielen die Künstler um Spenden für die alten und armen Überlebenden des stalinistischen Terrors.

Festvortrag: Wozu Erinnerung? Vladimir Eduardovic Schnittke,
Memorial St. Petersburg und Sohn des Komponisten Alfred Schnittke

Dr. Hanns Skoutajan, Zeitzeuge und Autor, Ottawa/Kanada:
Der Widerstand und seine Folgen - sudetendeutsche Antifaschisten in der Tschechoslowakei

Ondrej Liska, Student der Politikwissenschaften, Brno:
Der Brünner Todesmarsch oder was wissen junge Tschechen über die sudetendeutsche Geschichte?

Diskussion: Die Gemütlichkeit der beschränkten Perspektive -
warum wurde der sudetendeutsche Widerstand vergessen?

Podium: Olga Sippl, Zeitzeugin, München

Ursula Weißgärber, Zeitzeugin, Berlin

Dr. Hanns Skoutajan, Ottawa, Ondrej Liska, Brno

Moderation: Dr. Jaroslav Sonka, Europäische Akademie Berlin

Dr. Peter Jahn, Leiter des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst
Erste Deportationswelle unter der Devise: "Heim ins Reich"

Alexander Gurjanov, Koordinator der polnischen Kommission von Memorial Moskau:
Die Deportation polnischer Staatsbürger 1940 und 1941 in die Sowjetunion

Dr. Pavel Polian, Geograph, Moskau/ Köln:

Deportiert nach Hause - Sowjetische Kriegsgefangene im Dritten Reich und ihre Repatriierung

Georgi Maisuradze, Historiker, Tbilisi

Dr. Jerzy Kochanowski, Historiker, Warschau: Deutsche Zivilisten in polnischen Lagern

Hannelore Aebi, Zeitzeugin, Berlin

Dr. Martha Kent, Zeitzeugin und Neurologin, Medical Center, Phoenix/Arizona;

"Ich bin so ohnmächtig, dass ich nicht sprechen kann" Psalm 77 - vom Wiederfinden der Sprache

Marius Fiedler, Psychologe, Berlin:

Das Schweigen der Überlebenden

Offenes Zeitzeugengespräch

Moderation: Dr. Ehrhart Neubert und Freya Klier, Berlin

Das Symposium ist eine gemeinsame Veranstaltung von Bürgerbüro Berlin e. V., Zentrum KARTA Warschau, Memorial Deutschland e. V. sowie Freya Klier (Schriftstellerin), Doris Liebermann (Historikerin) und Margit Miosga (Journalistin) Finanziell getragen wird das Symposium von der Bundeszentrale für politische Bildung Fachbereich

Veranstaltungen / Lothar G. Kopp, des weiteren unterstützt vom Bundesministerium für Kultur und Medien und dem Freistaat Thüringen mit seiner Vertretung beim Bund in Berlin

BÜRGERBÜRO e.V., Mai 2001

Aufruf: Signale für Bürgermut

In Deutschland liegt etwas schief:

Menschen, die unter schwierigen Verhältnissen Zivilcourage bewiesen haben, leben in Arbeitslosigkeit und Armut.

Menschen, die andere gepeinigt und unterdrückt haben, leben in Wohlstand und Würden. Die meisten politischen Häftlinge und anderen politisch Verfolgten der ehemaligen DDR beziehen heute Einkommen auf Sozialhilfeniveau.

Offiziere der Staatssicherheit, der NVA, des Strafvollzugs, leitende Funktionäre des Staatsapparates der DDR bekommen Spitzenrenten, leben in den Häusern, die sie billig von Ausreisern gekauft haben und freuen sich auf ihre Rentennachzahlung in sechsstelliger Höhe. Sind das die Signale, die Deutschland braucht? Werden wir so vermitteln können, daß Bürgermut und der Einsatz für Menschenrechte und Demokratie sich lohnen?

Wir rufen Sie, verehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages, auf:

Verabschieden Sie die Anhebung der "Staatsnahen-Renten" nur, wenn gleichzeitig der Widerstand gegen Diktatur und Menschenrechtsverletzungen kräftig, d.h. auch finanziell gewürdigt wird.

Unterschriften: Bärbel Bohley (Berlin-Celina), Prof. Dr. Dr. h. c. Richard Schröder (Theologe, Berlin), Maria Jepsen (Bischöfin der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche), Romani Rose (Vorsitzender des Zentralrats deutscher Sinti und Roma), György Konrad (Präsident der Akademie der Künste, Berlin), Erich Loest (Schriftsteller, Leipzig), Brigitte Grothum (Schauspieler, Berlin), Almuth und Dr. Heino Falcke (Propst em., Erfurt), Johano Strasser (Generalsekretär P.E.N. Deutschland), Joachim Walter (Schriftsteller, Grünheide), Lutz Rathenow (Schriftsteller, Berlin), Konrad Weiß (Schriftsteller, Berlin), Reiner Kunze (Schriftsteller, Oberzell), Christoph Kuhn (Schriftsteller, Halle/S.), Bernd Kebelmann (Schriftsteller, Waltrop und Berlin), Ralf Hirsch (Berlin), Steffen-Lutz Matkowitz (Kabarettist, Leipzig), Siegfried Reiprich (Autor, Berlin), Freya Klier (Regisseurin, Berlin), Richard Pietraß (Schriftsteller, Berlin), Udo Scheer (Publizist, Bad Klosterlausnitz), Eve und Frank Rub (Maler, Jena), Cornelia Schleime (Malerin, Berlin), Wilhelm Neubert (Architekt Braunschweig), Dr. Karl-Heinz Bomberg (Berlin), Dr. Klaus Rother und Bärbel Rother-Hohenstein (Tiefenbach b. Passau), Prof. Dr. Dieter Timpe (Würzburg), Dr. Ekkehart Rudolph (Stuttgart), Thomas Auerbach (Historiker BStU, Berlin), Jens Planer-Friedrich (Theologe, Berlin), Uwe Bastian (Diploming., Berlin), Andreas Bertram (Theologe, Görlitz), Clemens Freiherr von Wendt (Rechtsanwalt, Adeleben), Dr. Helmut Nicolaus (Rechtsanwalt, Berlin) Uwe Koch (Pfarrer und Hochschuldozent, Magdeburg), Heiko Lietz (Theologe, Güstrow), Karl-Rudi Pahnke (Pfarrer, Berlin), Dr. Ulrich Woronowicz (Superintendent i.R., Berlin), Günter Jeschonnek (Berlin) JG Jena Stadtmitte, Prof. Christian Dietrich (Pfarrer, Nohrs), Dr. Werner Gumpert (Gilching), Hildigund und Dr. Ehrhart Neubert (Fachabtltr. BStU Berlin), Ulrike Poppe (Ev. Akademie, Berlin), Hubertus Knabe (Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, Berlin), Hans Schwenke (Bundesvorsitzender BSV), Harald Strunz (Vorsitzender VOS), Heidi Bohley (Zeitgeschichte e.V., Halle / S.), Manfred Wagner (Geschichtswerkstatt Jena e.V.), A.W. Bauersfeld (Vorstand der UOKG, Detlev W. Stein (Osteuropa-Zentrum Berlin), Hannover), Wolf und Bärbel von Loeben (Karlsruhe), Bernd und Peter Eisenfeld (Initiative Rechtshilfe, Berlin) und ca 600 weitere Personen.

Presseerklärung vom 16.11.2000

Offener Brief an die ARD

ARD Hauptstadtbüro, Chefredakteur Ulrich Deppendorf
Wilhelmstr. 67 a, 10117 Berlin

Sehr geehrter Herr Chefredakteur,
am 7.11. fand, wie Ihnen offenbar bekannt war, eine Demonstration gegen Ungleichgewichte in der Berichterstattung der ARD-Anstalten vor Ihrem Hause statt.

Beklagt wurde, daß Verbrechen und Fehler der SED-Diktatur und deren Opfer nur unzureichend dargestellt werden, während über andere Mißstände und andere Opfer sehr breit berichtet wird. Diese Breite wurde ausdrücklich begrüßt, jedoch eine proportionale Beachtung für die Problematik der zweiten, linken Diktatur in Deutschland gefordert.

Wir hatten kaum zu hoffen gewagt, mit Verantwortlichen Ihres Hauses darüber ins Gespräch zu kommen, was denn auch nicht der Fall war. Ein Team des WDR war so freundlich, einige Interviews und Eindrücke aufzunehmen, gesendet wurde davon nichts. Ein Journalist von dpa führte ausführliche Interviews und brachte eine knappe dpa-Meldung durch. Ein Echo in den Tageszeitungen war nicht zu hören.

Nun - wir sind nicht verwöhnt. Wir hätten Ihnen gern wenigstens schriftlich und zeitnah unsere Botschaft zugestellt und baten den von Ihnen entsandten Zerberus, eine Vertreterin bis an den Empfangstresen durchzulassen, um Schriftstücke für Sie zu übergeben. Das verweigerte er mit dem Bemerkten, er hätte die telefonische Anweisung, niemanden von den Demonstranten einzulassen.

Leider mußte der junge Mann nun viel Zorn von denen ertragen, die aufgrund dauernder Mißachtung durch die Öffentlichkeit und unzureichender Rehabilitation so verbittert sind, daß sie zwischen dem Boten und dem Absender nicht mehr unterscheiden mochten.

Vielleicht sollten Sie dem jungen Mann dafür ein gutes Weihnachtsgeld zahlen. Sie sollten ihm aber auch nahebringen, daß eine Westberliner Herkunft eine Überprüfung auf Stasimitarbeit keineswegs überflüssig macht.

Was uns verletzt, ist der durch die Totalsperrung unterstellte Gewaltverdacht. In der ganzen elfjährigen Geschichte der Aufarbeitung der SED-Verbrechen hat es nicht eine Gewalttat von Opfern gegeben, keine Versuche von Rache oder persönlicher Genugtuung. Immer wurde auf rechtsstaatliche Mittel und Gesprächsangebote gesetzt. Von Tätern wurden diese mißachtet, die Opfer mit Verfahren überzogen, aus dem öffentlichen Dienst verdrängt und anderes mehr. Durch Ihre am 7.11. erteilte Anweisung entsteht der Eindruck, sie wollten sich in eine Reihe mit diesen stellen. Das macht uns besorgt.

Wie sollen junge Leute von heute verstehen, daß eine rechte Diktatur (zu recht) verurteilt wird und die Täter der linken Diktatur hofiert (und bestbezahlt) werden? Hier hätten sie eine Chance gehabt, die heute allenthalben geforderte Zivilcourage zu zeigen, indem Sie sich der Diskussion gestellt hätten. Eine verpaßte Chance, aber es gibt immer wieder welche. Nutzen Sie sie!

Als nächste Chance zur Umsetzung der darin gegebenen Anregungen lade ich Sie herzlich ein, über die Gespräche zu berichten, die Bundespräsident Rau am 30.11.2000 in der Gedenkstätte Hohenschönhausen mit Vertretern von Opferorganisationen und Gedenkstätten führen wird.

Mit freundlichen Grüßen, Hildigund Neubert

Todesfall Matthias Domaschk: Prozeß gegen MfS-Mitarbeiter

(Aktenzeichen 520 Js 11638/93 10 Cs)

Am kommenden Mittwoch, den 27. September 2000 findet um 10 Uhr vor dem Amtsgericht in Gera (Rudolf-Diener-Straße 1/ Raum 317) ein Prozeß gegen MfS-Mitarbeiter statt. Hintergrund ist der Tod von Matthias Domaschk. Der 23-jährige Jenaer war am 10. April 1981 festgenommen worden und nach Verhören in der Stasi-Untersuchungshaft Gera am 11./12. April unter bis heute ungeklärten Umständen ums Leben gekommen. Die Anklage gegen Friedrich Willi Heinz Lehmann und andere MfS-Mitarbeiter ist auf Freiheitsberaubung reduziert worden. Ermittelt worden war wegen "Freiheitsberaubung mit Todesfolge". Peter Rösch, der gemeinsam mit Matthias Domaschk festgenommen wurde, wird als Zeuge gehört.

Matthias Domaschk und Peter Rösch waren aktiv in der oppositionellen Offenen Arbeit der Jungen Gemeinde in Jena. Am 10. April 1981 wurden beide in Jüterbog aus dem Zug nach Berlin heraus festgenommen und am nächsten Morgen zu Stasi-Verhören nach Gera gebracht. Beide hatten vor, eine Wohnungseinweihungsfeier von Freunden in Berlin zu besuchen. In Berlin fand gerade der X. Parteitag der SED statt und das MfS war mit der Aktion "Kampfkurs X" beauftragt. Die Herrschenden befürchteten das Übergreifen des "polnischen Bazillus". Dem "Schild und Schwert" der Partei war durch jahrelange "Bearbeitung" bekannt, daß Matthias Domaschk Verbindungen zur Charta 77 in Prag hatte, an politischen Lesekreisen in Privatwohnungen teilgenommen hatte und sich an den Protesten in Jena gegen die Biermann-Ausbürgerung beteiligte.

Die Beerdigung von Matthias Domaschk wurde eiligst vom MfS arrangiert. Trotzdem kamen unter bedrohlicher Stasipräsenz ca. 150 Freunde zur Beerdigung. Der Tod von Matthias Domaschk, der von vielen als Mord empfunden wurde, wirkte als Fanal für sich verstärkende oppositionelle Aktivitäten in Jena. Eine Erinnerungs-Plastik wurde von Stasi-Mitarbeitern vom kirchlichen Friedhof gestohlen. Bereits 1983 waren fast alle Freunde und Bekannte von Matthias Domaschk nach Verhaftungen mehr oder weniger gewaltsam aus dem Land gedrängt worden.

Seit 1990 lief bei der Staatsanwaltschaft Gera Anzeige wegen Klärung der Todesumstände - die Ermittlungen blieben erfolglos. Jürgen Fuchs beschrieb in seinem Buch "Magdalena" ausführlich die fragwürdige Ermittlungsarbeit.

Die Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen aus Thüringen und Sachsen-Anhalt und Mitarbeiter des Matthias-Domaschk-Archivs Berlin werden den Prozeß beobachten.

Rückfragen sind möglich über das Matthias-Domaschk-Archiv/Frank Ebert Tel. 030-447108-20/21/22 oder Gerold Hildebrand: 030-4423972

Das Amtsgericht Gera ist erreichbar über Tel. 0365-8342057, Fax: 0365-8342007

Matthias-Domaschk-Archiv, Schliemannstr. 23, 10437 Berlin

Telefon: 030-447 108 22/20/21 Fax: 030-447 108 29 www.havemann-gesellschaft.de e-mail: mdomaschk@havemann-gesellschaft.de

Frank Ebert/Gerold Hildebrand/Tom Sello/Anne Vogel/Olaf Weißbach

Unterstützung gegen IM "Notar"/IM "Gregor" GYSI

Gregor Gysi prozessiert mal wieder. Wahrscheinlich kann er es nicht lassen, hätte er doch sonst zur Zeit kaum Gelegenheit, seinem erlernten Beruf nachzugehen. Aber natürlich sucht er sich dafür

Gegner, von denen er weiß, daß sie finanziell seiner Prozessierwut nicht standhalten können und die ihm politisch gefährlich sind.

Der Prüfungsausschuß des Deutschen Bundestages, der sich jahrelang mit dem Problem beschäftigt hat, hat festgestellt:

"Dr. Gysi hat ... seine Anwaltstätigkeit für Robert Havemann, Rudolf Bahro, Franz Dötterl sowie Gerd und Ulrike Poppe dazu benutzt, um im Rahmen seiner inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS Informationen über seine Mandanten zu liefern und Arbeitsaufträge des MfS auszuführen."

Nachzulesen hier: <http://dip.bundestag.de/btd/13/108/1310893.asc>

Erst klagte "Notar" "Gregor" Gysi gegen Bärbel Bohley und jetzt gegen Freya Klier, weil sie ihn einen Stasispitzel genannt hatten. Scheinbar sind es vor allem Frauen, an denen er sich stört.

Demnächst wird - mal wieder in Hamburg - ein Urteil gesprochen, wahrscheinlich zuungunsten von Freya Klier, weil das in Hamburg so Tradition ist. Sie muß dann wieder ans Bundesgericht ziehen. Das alles kostet mehr, als eine freischaffende Publizistin ohne PDS-Kriegskasse im Hintergrund je verdienen kann. Deshalb sammelt das Bürgerbüro Spenden für diesen Prozess auf dem Konto:

Dresdner Bank
Konto-Nr. 03 710 245 02
BLZ 100 800 00

unter dem Stichwort Prozeßkostenhilfe.

Berlin, den 16.6.2000

BSV
Bund Stalinistisch Verfolgter
Initiative Rechtshilfe Berlin

CDU-Gesetzentwurf zur Ehrenpension

Günter Nooke und weitere Mitglieder der CDU-Fraktion haben in mehreren Gesprächen mit den Unterzeichnern einen Gesetzentwurf erarbeitet, der eine Ehrenpension für Verfolgte des Kommunismus

vorsieht. Verfolgte mit einer Haftzeit von mindestens einem Jahr und Verfolgte ohne Haft mit einer Verfolgungszeit von mindestens zwei Jahren sollen eine monatliche Zahlung von 1.000,--DM erhalten, jüngere Personen begrenzt auf 10 Jahre. Gleichzeitig soll die Haftentschädigung noch einmal um 400 DM erhöht werden. Der Zugang für Verschleppte aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz soll erleichtert werden. Diese Ehrenpension wäre ein deutliches Zeichen der Wertschätzung und Würdigung der bundesdeutschen Gesellschaft für diejenigen, die unter den Bedingungen der kommunistischen Diktatur Freiheit, Leben, Gesundheit und Lebenschancen riskierten, um sich für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einzusetzen. Wir erwarten von der Bundesregierung einen konstruktiven Umgang mit der Vorlage, zumal sie in vielen Punkten mit früheren Forderungen von Politikern der heutigen Regierungskoalition übereinstimmt.

Bernd Eisenfeld, Initiative Rechtshilfe,
wiss. Mitarbeiter BStU Peter Eisenfeld,
Mitarbeiter der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Berlin
Hildigund Neubert, Bürgerbüro e.V.
Harald Strunz, BSV (zur Zeit verreist)
Michael Beleites, Sachverständiger Dresden

Berlin, den 20.6.2000

Hamburger Gericht erliegt Gysis Legenden

Das Oberlandesgericht Hamburg hat am 13. Juni 00 das Urteil in Gregor Gysis Prozeß gegen Freya Klier gefällt.

Frau Klier, die Mitglied des Bürgerbüros ist, hatte in einem TAZ-Interview geäußert, Gysi habe "...Bürgerrechtler nicht verteidigt, sondern sie bespitzelt, damit seine Genossen sie besser im Griff haben." Dies bestätigte später der Bericht des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, in dem es heißt, Gysi habe "Anweisungen seiner Führungsoffiziere über die Beeinflussung von Mandanten ausgeführt und über die Erfüllung ... berichtet".

Trotzdem strengte der Fraktionschef der PDS eine Klage auf Unterlassung gegen Freya Klier an. Nach einschlägigen Erfahrungen wandte er sich dazu an das Hamburger Gericht. Erwartungsgemäß verurteilte dieses Frau Klier zur Unterlassung der o.g. Äußerung und zur Zahlung sämtlicher Prozeßkosten. Überdies wurde ihr die Möglichkeit der Revision abgeschnitten. Das Bürgerbüro kann die Ignoranz eines deutschen Gerichtes gegenüber einem Untersuchungsausschußbericht des Deutschen Bundestages und gegenüber den Berichten der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen, die als bloße Bewertungen abgetan werden, nicht nachvollziehen.

In einem Offenen Brief haben schon mehr als 600 Bürger gegen diese Urteil protestiert. Das Bürgerbüro wird Frau Klier bei der Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision und ggf. bei einer Verfassungsbeschwerde im Interesse der Aufrechterhaltung der Achtung vor dem Rechtsstaat unterstützen. Für die Unterstützung von Frau Klier bei der Zahlung der Prozeßkosten von weit mehr als 10.000 DM hat das Bürgerbüro ein Spendenkonto eingerichtet.

Dresdner Bank Konto-Nr.: 03 710 245 02

BLZ: 100 800 00

Kennwort: Prozeßkosten Dr. Ehrhart Neubert, amt. Vorsitzender

Berlin, den 6.7.2000

Am 9. November 1998 übergab eine Delegation von Bürgerrechtlern an der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika einen offenen Brief an Präsident Clinton mit der Forderung, die 1989/90 in die USA geratene Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes an die Gauck-Behörde zu übergeben. Seitdem liefen die bis dahin erfolglosen Verhandlungen mit neuem Ernst. Die Entschlüsselung der SIRA-Dateien spielte dabei eine nicht unerhebliche Rolle. Diese Woche ist nun die erste CD-Rom mit Datensätzen aus diesen Unterlagen in das Bundeskanzleramt gelangt. Von den Dateien ist neuer Aufschluß darüber zu erwarten, mit welchen Mitteln und Personen die SED durch die HVA des Staatssicherheitsdienstes Einfluß auf die westdeutsche Politik, aber auch auf die inneren Verhältnisse der DDR genommen hat. Wir, die Initiatoren des Offenen Briefes, begrüßen die Übergabe der Dateien und erwarten von der Bundesregierung, daß diese der Behörde des Bundesbeauftragten übergeben werden, um nach Maßgabe des StUG eine zügige Erschließung für die Aufarbeitung zu ermöglichen. Wir erwarten von den USA, daß die Daten vollständig und zügig an die Gauck-Behörde übergeben werden.

Bärbel Bohley
Freya Klier
Dr. Heino Falcke
Jörg Drieselmann
Dr. Ehrhart Neubert
Uwe Bastian
Hildigund Neubert

Berlin, den 7. 7. 2000

12.00 Uhr

Presseerklärung:

Das Bürgerbüro denkt in dieser Stunde an alle Väter und Mütter, deren Kinder durch die mörderischen Entscheidungen und Unterlassungen des SED-Politbüros ihr Leben lassen mußten. Sie erstrebten die ihnen völkerrechtlich zustehende Freiheit. Ihre Schreibtischmörder wurden soeben freigesprochen. An Ihrem Tod ist niemand schuld. Das Urteil reiht sich ein in das Versagen der bundesdeutschen Justiz bei der strafrechtlichen Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur. Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat.

Bärbel Bohley
Dr. Ehrhart Neubert
Hildigund Neubert
Andreas Bertram

Berlin, den 24.8.2000

Liebe Mitbürger,

auch zehn Jahre nach dem Mauerfall wirkt die fehlende Chancengleichheit der DDR-Diktatur nach - geradezu drastisch im juristischen Bereich, den ehemalige DDR-Kader seit Jahren instrumentalisieren, um ihre Kritiker und Opfer zum Schweigen zu bringen. In ihrer Klagewut haben sie Scientology längst überholt. Anschaulichstes Beispiel ist der letzte Innenminister der DDR, Peter Michael Diestel, der es bisher auf mehr als 60 Prozesse brachte, gefolgt von Gregor Gysi und anderen Stützen des SED-Regimes.

Die PDS und ihr noch immer intaktes Umfeld verfügen über "Kriegskassen", aus denen sämtliche Prozesse locker finanziert werden können. Ihre Opfer und Kritiker hingegen verfügen über keine Kriegskassen, sie werden von den Gerichtskosten förmlich aufgefressen. Für sie haben wir im Bürgerbüro ein Spendenkonto eingerichtet. Es ist auf Ihre Hilfe und Solidarität angewiesen.

Das Spendenkonto dient ausschließlich der Unterstützung von Personen in Prozessen, die im Zusammenhang der Rehabilitierungsverfahren zu SED-Unrecht und von Verleumdungsverfahren stehen. Das Spendenkonto soll der zunehmenden Resignation in unserem Land entgegenwirken und Werten wie Solidarität und Verteidigung der Demokratie wieder jenes Ansehen geben, das sie schon fast verloren haben.

Wir danken Ihnen sehr für Ihre Unterstützung!
Bärbel Bohley, Freya Klier